
9176/AB XXIV. GP

Eingelangt am 18.11.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfragebeantwortung



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

BMWF-10.000/0218-III/4a/2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 17. November 2011

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9325/J-NR/2011 betreffend Ärztebedarfsstudie, die die Abgeordneten Mag. Roman Haider, Kolleginnen und Kollegen am 21. September 2011 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit und der Österreichischen Ärztekammer Auftraggeber einer Studie bei der Gesundheit Österreich GmbH zur Erhebung des Ärztebedarfs bis 2030. Laut Aussagen des Auftragnehmers kann in den nächsten Monaten mit dem Vorliegen der Studie gerechnet werden. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist an einer raschen, aber auch wissenschaftlich fundierten Fertigstellung der Studie interessiert.

Zu Frage 2:

2009 wurde vom Nationalrat beschlossen, unter Berücksichtigung von wissenschaftlichen Bedarfsstudien für human- und zahnmedizinische Studienplätze und Ausbildungskapazitäten sowie Ärztebedarf, die erforderliche Zahl an Plätzen für Studienanfänger/innen zu erheben. In der gegenständlichen EntschlieÙung Nr. 13/E vom 26. Februar 2009 wurden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung außerdem ersucht, bei Notwendigkeit eines weiteren Standortes mit dem Land Oberösterreich hinsichtlich der Errichtung einer Medizinischen Universität in Linz in Verhandlung zu treten.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zu Frage 3:

Wie bereits vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gegenüber dem Land Oberösterreich mitgeteilt, würde bei Vorliegen eines tatsächlichen Bedarfes, der nicht an den bestehenden Medizinischen Universitäten abgedeckt werden kann, zunächst mit dem Land Oberösterreich zur Errichtung einer Medizinischen Universität in Verhandlung eingetreten.

Der Bundesminister:

o. Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle e.h.